



Subsidiarität als Durchdringungsprinzip

Grußwort beim 73. Oö. Genossenschaftstag der Generalversammlung des Raiffeisenverbandes Oberösterreich

28. März 2019, Linz

„Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen ‚Dies gehört mir‘ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‚Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört.‘“¹

Diese programmatische Aussage des französischen Aufklärers Jean-Jacques Rousseau mag man heutzutage belächeln, ja in Zweifel ziehen: Gab es jemals eine Zeit ohne Besitzansprüche? Sie kann aber ein Anstoß sein, über die Verteilung von Besitz nachzudenken, darüber nachzudenken, ob es Güter gibt, die sich einer ausschließlich privaten Verfügung entziehen. Und sie mag die Frage nach Formen des Besitzes erlauben, die nicht nach Gewinn streben, sondern nach einem möglichst großen Nutzen für möglichst viele Menschen. Dieser Gedanke liegt ja dem Genossenschaftswesen zugrunde und hat Friedrich Wilhelm Raiffeisen umgetrieben. Das Wort „Genossenschaft“ leitet sich ab vom gemeinsamen „Genuss“ einer Einrichtung wie der Gemeindefeld oder dem Gemeindefeld. Galten Genossenschaften noch in den 1980er Jahren als verstaubtes Relikt, erleben sie im vergangenen Jahrzehnt eine Renaissance. Es gibt zahlreiche Initiativen und Neugründungen, die sich dieser Idee verschreiben.

Aus katholischer Sicht hat dieser Gedanke durch die Enzyklika *Laudato Si* von Papst Franziskus neue Impulse erhalten². Vielfach wird sie als Magna Charta der Kirche für Umwelt und Schöpfungsverantwortung gepriesen. Aber diese Zuschreibung wird ihr nur zu einem Teil gerecht. Man kann sie auch als Sozial- oder Gerechtigkeitsenzyklika beschreiben, die sich ganz auf der Traditionslinie der Katholischen Soziallehre befindet.

Als die Enzyklika 2015 erschien, fiel die Resonanz im deutschsprachigen Raum insgesamt sehr positiv aus. Endlich werde die ökologische Frage zu einer Kernfrage der Sozialverkündigung erklärt – so verlautete es vor allem aus theologischen und sozialetischen Kreisen. Auch NGOs im Sozial- und Umweltbereich empfanden dieses Schreiben als entscheidenden Rückenwind für ihr Engagement. Es gab aber – und das darf man nicht unter den Tisch fallen lassen – auch verhaltene Reaktionen und Ablehnung in Bezug auf einige Äußerungen zur Wirtschaft, die der lateinamerikanisch und befreiungstheologisch geprägte Papst in der Enzyklika tätigte. So wird recht unbefangen „der Begriff ‚Neoliberalismus‘ für das gegenwärtige Wirtschaftsmodell verwendet und heftig kritisiert, wo wir differenzieren würden. Die uns vertrauten Differenzierungen innerhalb des Modells der Marktwirtschaft werden in Lateinamerika nicht in gleicher Weise vorgenommen. Denn es fehlt die Erfahrungswirklichkeit einer sozialen Marktwirtschaft; sie ist in Lateinamerika und anderen Regionen kaum gegeben, sie hat sich

¹ Jean-Jacques Rousseau, Diskurs über die Ungleichheit, Stuttgart 2008, 173.

² Papst Franziskus, Enzyklika *Laudato si*. Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Vatikan Juni 2015.

dort nie ausgebildet. Vielmehr prägen Erfahrungen von Armut, v. a. aber von wachsender Ungleichheit das Leben vieler Menschen.³

Und diese Perspektive prägt seine Ansätze, die darin münden, für gerechtere Verhältnisse, für ein gerechteres Zusammenspiel von globalen Wirtschaftssystemen und lokalen Initiativen, von Nutzung der Ressourcen und einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur, von Machbarkeit und Selbstbeschränkung die Stimme zu erheben.

Mit Blick auf die Genossenschaftsidee scheint mir in dem Dokument eine Modifizierung des so wirkmächtigen Subsidiaritätsprinzips der Katholischen Soziallehre von großer Bedeutung zu sein: Dieses ist traditionell „als gesellschaftliches und politisches ‚Aufbauprinzip‘“ konzipiert, „das eher eine Rangfolge politischer Akteure von unten nach oben im Auge hat und ein Eingriffsrecht durch die höhere Ebene bzw. Organisationsform nur dann vorsieht, wenn die untere Ebene ihre Aufgaben nicht wahrnehmen kann.“ ‚Laudato si‘ scheint nun aber vermehrt von einem „Subsidiaritätsprinzip als ‚Durchdringungsprinzip gekennzeichnet, in dem alle höheren Ebenen von den ‚Perspektiven, Lösungen und Alternativen‘, die von den Betroffenen entwickelt werden, durchdrungen sein [müssen]. An der Primärzuständigkeit nichtstaatlicher Zusammenschlüsse und Organisationen hält der Papst fest, weicht aber das ‚Vorrang-Nachrang-Verhältnis‘ zugunsten einer Durchdringung aller Ebenen durch die ‚Option für die Armen‘ und die einzubindenden Interessen der Armen und Betroffenen auf, indem er ihnen einen durchgehenden privilegierten Ort auf allen Ebenen einräumt. Die Armen und ihre solidarischen Bewegungen werden also nicht auf der unteren lokal-politischen Entscheidungsebene durch das Subsidiaritätsprinzip eingeschlossen“, sondern alle Ebenen sollen ihnen ‚erschlossen‘ werden. Es geht nicht in erster Linie um nachfolgende, repräsentative, höhere Ebenen, die die Anliegen und Interessen der Armen quasi aufnehmen und repräsentativ vertreten, sondern um die grundlegende Ausrichtung und Verpflichtung aller Ebenen auf die Belange der Betroffenen, die gleichzeitig an allen Entscheidungen auf allen Ebenen zu beteiligen sind.“⁴

Es ist klar, dass es hierfür einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat geben muss, der besonders durch die Gesetzgebung die Spielregeln festlegt, garantiert und durchsetzt, sich als Institution dem Gemeinwohl verpflichtet weiß und Kreativität frei setzt: „Die Grenzen, die eine gesunde, reife und souveräne Gesellschaft setzen muss, sind verknüpft mit: Vorausschau und Umsicht, angemessenen Reglementierungen, Überwachung der Anwendung der Vorschriften, Bekämpfung der Korruption, Aktionen wirksamer Kontrolle der unerwünschten Wirkungen der Produktionsprozesse und zweckmäßigem Eingreifen angesichts ungewisser oder möglicher Risiken. Die Rechtsprechung ist in zunehmendem Maß darauf ausgerichtet, die Verschmutzungen durch unternehmerische Aktivitäten zu verringern. Doch der politische und institutionelle Rahmen existiert nicht nur, um Missstände zu vermeiden, sondern um die besten Verhaltensweisen zu fördern und die Kreativität anzuregen, die neue Wege sucht, um die persönlichen und kollektiven Initiativen zu erleichtern.“ (LS 177)

Gemäß Papst Franziskus kommt somit „[d]en kleinen sozialen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit (...) eine herausragende Rolle als politische Akteure zu. Aber diese handeln nicht ‚voraussetzungslos‘, sondern bedürfen der staatlichen Unterstützung, u. a. durch eine

³ Vgl. Michelle Becka, Laudato si – ein kritisch-wohlwollender Blick, in: Lebendige Seelsorge 1/2019, 39-44, hier 42.

⁴ Michael Schäfers, Wie Papst Franziskus Politik macht. Zur Sozialzyklika „Laudato si“, Köln 2017, 50.

rechtliche Absicherung der demokratischen Verfahren und einer präventiven Politikausrichtung. Alle politischen Akteure unterliegen gleichermaßen einer Verpflichtung auf den gemeinsamen Dialog und das globale Gemeinwohl hin.“⁵

Der Papst räumt also der Solidarität der ‚kleinen Leute‘ und ihrer Solidaritätsbewegungen vor Ort den Vorrang ein. Der Fokus des Papstes ist zweifelsohne hauptsächlich auf Kollektive in Ländern und Gesellschaften Lateinamerikas, Afrikas oder Asiens gerichtet. Sie ist aber auch Zusammenschlüsse von lokalen Initiativen in unseren Breiten maßgeblich. Zusammenschlüsse, wie es auch Genossenschaften sind.

Letztlich war es auch die Idee Raiffeisens, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und Lösungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu entwerfen, die das Ziel hat, die Lebensverhältnisse möglichst vieler Menschen nachhaltig zu verbessern. Und so hätte wohl Raiffeisen folgende Aussage von Papst Franziskus wohl unterschrieben, wenn dieser meint, dass sich die Armen nicht mehr mit „illusorischen Versprechungen, Ausreden oder Alibis zufrieden“ geben.

„Sie verlassen sich nicht auf die Hilfe der NGOs, auf Hilfspläne oder Lösungen, die nie kommen oder die – sollten sie doch kommen – letztendlich nur in eine Richtung gehen: zu betäuben oder zu kontrollieren. (...). Ihr hört, dass die Armen nicht mehr warten, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen; sie organisieren sich, sie lernen, arbeiten, sie fordern – ja praktizieren – jene so besondere Solidarität, die leidende Menschen zusammenschweißt (...) und die unsere Zivilisation zu vergessen haben scheint, bzw. nur allzu gern vergessen möchte.“⁶ (Papst Franziskus in einer Ansprache vom 28.10.2014)

+ Manfred Scheuer
Bischof von Linz

⁵ Michael Schäfers, Wie Papst Franziskus Politik macht. Zur Sozialenzyklika „Laudato si“, Köln 2017, 54.

⁶ https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/october/documents/papa-francesco_20141028_intro-contro-mondiale-movimenti-popolari.html